

Initiativantrag
der sozialdemokratischen Abgeordneten
betreffend
gesetzliche Verankerung des Heizkostenzuschusses

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, den Heizkostenzuschuss als Sozialleistung gesetzlich zu verankern und dessen jährliche Valorisierung im Rahmen der Budgetverhandlungen sicherzustellen.

Begründung

Der Heizkostenzuschuss wird derzeit in Oberösterreich an sozial bedürftige Personen zur finanziellen Unterstützung bei der Beheizung des Wohnraums ausbezahlt. Trotz stark gestiegener Energiepreise sowohl für Strom als auch für Gas wurde die Höhe des Zuschusses bisher noch nicht angepasst. Die Energiekosten für die Oberösterreicher:innen haben sich beim Landesenergieversorger Energie AG in den letzten zwei Jahren verdoppelt, wodurch die bisher unveränderte Förderung jedenfalls nicht mehr ausreicht.

Als Anspruchsvoraussetzung wurde 2024 ein jährliches Bruttoeinkommen von bis zu 19.070 Euro für einen Ein-Personen-Haushalt festgelegt, was einen monatlichen Bruttobezug von circa 1.360 Euro entspricht. Dies steht im Widerspruch zu den von der Statistik Austria verwendeten internationalen Armutsparameter, die von einer Armutsgefährdung bis zu einem jährlichen Bruttoeinkommen von 30.380 Euro pro Person ausgehen. Somit ergibt sich eine Differenz von 11.310 Euro zwischen dem Beginn des Anspruchs auf Heizkostenzuschuss und dem Beginn der Armutsgefährdung. Mit anderen Worten, die Oberösterreicher:innen, die über ein Jahreseinkommen zwischen 19.071 und 30.379 Euro Jahresbruttoeinkommen verfügen, gelten zwar als armutsgefährdet, haben jedoch keinen Anspruch auf Heizkostenzuschuss.

Damit dieser wichtige Zuschuss für die Oberösterreicher:innen erhalten bleibt und dessen schleichende Entwertung aufgehalten wird, ist eine gesetzliche Verankerung als Sozialleistung im Sozialland Oberösterreich erforderlich. Eine gesetzliche Verankerung samt jährlicher Valorisierung stellt sicher, dass der Heizkostenzuschuss den aktuellen Lebenshaltungskosten entspricht und eine wirksame Entlastung für jene darstellt, die auf diese Unterstützung angewiesen sind.

Linz, am 14. November 2024

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Engleitner-Neu, Haas, Strauss, Antlinger, Höglinger, Heitz, Margreiter, Knauseder, P. Binder, Schaller, Wahl